

Pressemitteilung

Infrastruktur in der Kostenfalle?

ILS-Gutachten betrachtet die Entwicklung von Erhaltungs- und Folgekosten für kommunale Verkehrsflächen und die Schulinfrastruktur

Die räumliche Nähe zu elementaren Gemeinbedarfseinrichtungen und eine sichere sowie kostengünstige Versorgung mit technischen Infrastrukturleistungen sind für die meisten Menschen eine kaum hinterfragte Selbstverständlichkeit. Der demografische Wandel und chronisch angespannte Kommunalhaushalte erhöhen jedoch den Druck, aktuelle Leistungsniveaus der Infrastruktur zu hinterfragen und die Entwicklung der Kosten für die einzelnen Teilräume und die Perspektiven einzelner Versorgungsbereiche genauer abzuschätzen. In einem Gutachten für die Enquetekommission III des Landtags Nordrhein-Westfalen hat das ILS die Infrastrukturbereiche Grundschulen und kommunale Verkehrsflächen untersucht. Betrachtet wurden die zukünftigen Entwicklungsperspektiven, insbesondere mit Blick auf die Veränderung von Kostenbelastungen für die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden.

Neben der Kostenprognose für die Versorgung mit Infrastruktur thematisiert die Studie auch die Wirkung politischer Gestaltungsmacht in Form von szenarienbasierten Modellierungen. Das dabei auch gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss nehmen und der Megatrend demografischer Wandel, eine dynamische Größe ist und bleibt, machen aktuell die Flüchtlingszahlen deutlich, welche die hier präsentierten Befunde zweifelsohne verändern und teilräumlich revidieren werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass zentrale Ergebnisse der Studie auch bei höherer internationaler Zuwanderung Geltung beanspruchen können. So werden sich die Remanenzkosten für Infrastruktur insbesondere in den ländlich-peripheren Regionen Nordrhein-Westfalens erhöhen. Remanenzkosten sind Kosten, die sich für die Bereitstellung der Daseinsvorsorgeleistungen bei rückläufigen Bevölkerungszahlen nicht in gleichem Maße reduzieren lassen, wie sie zuvor bei steigenden Bevölkerungszahlen zugenommen haben. Deutlich wird das am Beispiel der Verkehrsfläche je Einwohnerin und Einwohner in den Jahren 2000 bis 2010. Vor allem in ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens haben sich die Pro-Kopf Kosten vor allem aufgrund der demografischen Schrumpfungprozesse deutlich erhöht und müssen bereits heute als überdurchschnittlich bezeichnet werden. Da eine bauliche Rücknahme von Straßen und damit kommunaler Finanzierungspflichten nur sehr begrenzt möglich ist, sind im Bereich der kommunalen Verkehrsflächen folglich besonders hohe Remanenzkosten zu erwarten.

Zur Abschätzung der zukünftigen Kostenentwicklung im Bereich der kommunalen Verkehrsinfrastruktur wurden Modellrechnungen durchgeführt, die verschiedene Entwicklungspfade und Handlungsoptionen berücksichtigen. Grundlegend wurde zwischen dem „Trend-Szenario“, das auf den derzeit gültigen Landesprognosen zur zukünftigen Siedlungsflächenentwicklung basiert, und dem „Null-Bau-Szenario“, das von keinem weiteren Zuwachs der Verkehrsfläche ausgeht, unterschieden. Beide Entwicklungspfade wurden jeweils mit der Handlungsoption der „strategischen Instandhaltung“ kombiniert, die für eine veränderte Praxis in der Pflege von Straßen steht. Sie setzt auf eine frühzeitige Instandhaltung anstelle der üblichen, auf unvermeidliche Schadensbeseitigung ausgerichteten Unterhaltung. Mit einem solchen strategischen Vorgehen könnten durch eine

längere Lebensdauer der Anlagen langfristig deutliche Einsparungen erreicht werden. Allerdings muss dafür ein Anstieg der kurzfristigen Kosten in Kauf genommen werden. Die Ergebnisse der Modellrechnungen für Nordrhein-Westfalen vermitteln die Kostenbrisanz im Infrastrukturbereich kommunale Verkehrsflächen. Insbesondere wenn die Entwicklung der Kosten mit der Veränderung der Einwohnerzahl in Verbindung gebracht wird, zeigen sich teilweise erhebliche Kostensteigerungen. Im „Trend -Szenario“ müssen fast 90 % aller Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bis 2030 mit einer Zunahme der Pro-Kopf-Kosten um über 10 % rechnen. Für 44 % der Kommunen werden gar Steigerungen um über 20 % ermittelt, während lediglich bei 2 % der Kommunen die Kosten je Einwohner/-in weitgehend konstant bleiben oder sogar leicht sinken.

Demgegenüber ließen sich deutliche Kostenreduzierungen mit dem „Null-Bau-Szenario“ realisieren. Würde es durch verminderten Neubau und die partielle Rücknahme von Straßen gelingen, die Verkehrsflächen konstant zu halten, könnte der Anteil der Kommunen mit einwohnerspezifischen Kostensteigerungen von mehr als 20 % bis 2030 (im „Trend -Szenario“ 44 %) auf 5 % reduziert werden. Eine stärkere Kostenentlastung ist überdies zu erwarten, wenn das „Null-Bau-Szenario“ mit einer „strategischen Instandhaltung“ kombiniert werden würde. Deutliche Pro-Kopf-Kostensteigerungen wären dann nur noch in gering verdichteten Räumen mit Schrumpfungstendenz, etwa im Osten Nordrhein-Westfalens zu erwarten, während etwa zwei Drittel der Kommunen sogar mit Kostenentlastungen rechnen könnten.

Das Gutachten betrachtet vor dem Hintergrund der Remanenzkostenproblematik und des demografischen Wandels neben den Verkehrsflächen auch die 2.900 Grundschulen Nordrhein-Westfalens. Die modellgestützten Betrachtungen zeigen, dass bei den kommunalen Verkehrsflächen sowie im Bereich Grundschulen starke – räumlich aber durchaus unterschiedliche – Tendenzen zu steigenden Kostenbelastungen für die kommunalen Haushalte absehbar sind.

Angemerkt werden muss, dass die Aussagekraft der Analyse durch die unzureichende Datenlage (baulicher Zustand der Infrastrukturen, Betriebskosten und getätigte bzw. Höhe der erforderlichen Investitionen) eingeschränkt ist. Zugleich wird die internationale Zuwanderung die bisherigen Schrumpfungsprognosen in Teilräumen korrigieren. Um die Versorgung der Bevölkerung mit zentralen Infrastrukturbereichen dauerhaft zu sichern und der Kostenfalle „Infrastruktur“ zu entgehen respektive die Kostenentwicklung langfristig und kommunenübergreifend zu gestalten, ist die (Weiter-)Entwicklung von Monitoringansätzen wie auch von Modellierungs- und Prognoseverfahren von besonderer Bedeutung.

Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse findet sich im gerade erschienenen [ILS-TRENDS 2/15](#).

Kontakt im ILS

Andrea Dittrich-Wesbuer

Telefon: + 49 (0) 231 9051-272

E-Mail: andrea.dittrich-wesbuer@ils-forschung.de